

Demokratieprojekte fördern

Tempelhof-Schönebergs Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** (B90/Die Grünen) fordert den Bürokratieabbau für Demokratieprojekte. „*Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss*“ (**Oskar Negt**). Umso wichtiger sind starke Programme der Demokratieförderung, die Orientierung geben, politische Bildung ermöglichen sowie Rechts-Extremismus und jeder Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wirksam vorbeugen.



Die im Rahmen des Bundesprogramms „*Demokratie leben!*“ des Bundesfamilienministeriums geförderte Partnerschaft „*Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg – Demokratie leben!*“ unterstützt seit 2019 zivilgesellschaftliche Initiativen im Bezirk. Mit niedrighschwelligem Projekten, Bildungsangeboten und kulturellen

Formaten stärkt sie die demokratische Kultur vor Ort – getragen von engagierten Menschen aus der Mitte der Gesellschaft. Foto: Laurence Chaperon

Doch **neue bürokratische Vorgaben auf Bundesebene gefährden zunehmend die Wirksamkeit dieser Arbeit**. Sowohl die Partnerschaften für Demokratie als auch die zahlreichen Initiativen, die vor Ort Projekte umsetzen, sehen sich mit wachsenden Dokumentationspflichten, komplexeren Antragsverfahren und verschärften Kontrollauflagen konfrontiert. Ressourcen, die eigentlich in Bildungsarbeit und Prävention fließen sollten, werden so zunehmend durch die Bürokratie gebunden. Für kleinere Träger wird die Umsetzung von Projekten dadurch unnötig erschwert oder sogar unmöglich.

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg und der Träger Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg, die gemeinsam die bezirkliche Partnerschaft für Demokratie umsetzen, warnen vor den Folgen dieser Entwicklung: Engagement wird ausgebremst, Vertrauen untergraben und demokratische Teilhabe geschwächt.

Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** erklärt: „*Statt immer neuer Hürden braucht es endlich einen echten Bürokratieabbau im Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘. Was wir derzeit erleben, ist ein wachsendes Misstrauen gegenüber genau den Initiativen, die unsere Demokratie tagtäglich stärken. Diese Misstrauenskultur ist fehl am Platz. Wer demokratisches Engagement will, muss es ermöglichen – nicht behindern. Die engagierte Zivilgesellschaft ist kein Risiko, sondern das Fundament unserer Demokratie.*“

Quelle: Pressestelle Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Zumutung

Es ist unbestritten, dass öffentliche Gelder ordentlich beantragt und abgerechnet werden müssen. Der Paper Press e.V. hat viele Jahre lang Bildungsreisen, Gedenkstättenfahrten und Internationale Jugendbegegnungen veranstaltet. Für viele Projekte gab es Zuwendungen von allen möglichen staatlichen Stellen. So wurden über die Senatsjugendverwaltung Gelder aus der Lottostiftung für unsere Jugendreisen verwendet. Wir waren den Lottospielern immer sehr dankbar für ihren Einsatz.

Die Antragsverfahren waren noch einigermaßen überschaubar, das Abrechnungswesen hingegen sehr aufwendig. Dass es für jeden Cent einen Beleg geben muss, versteht sich von selbst. Besonders viel Spaß hat es gemacht, Fahrscheine, die wir für Exkursionen benötigten, von den Jugendlichen wieder einzusammeln und auf DINa4-Bögen aufzukleben.

Noch umfangreicher waren die Berichte, in denen alles aufgeführt werden musste, was während einer Reise passierte. Wir haben uns oft gefragt, ob sich das überhaupt jemand in den Prüfstellen durchliest. Große Bildungsträger mit hauptamtlichem Personal können das Antrags- und Abrechnungswesen sicherlich managen, kleine Träger, die allein mit Ehrenamtlichen arbeiten, kaum. Aber gerade die kleinen Träger mit nur zwei bis drei Projekten im Jahr sind wichtig für die Vielfalt und Individualität. Die viel beschworene Verwaltungsreform sollte sich darum kümmern. Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** hat vollkommen recht mit seiner Kritik. Statt einfacher wird es immer komplizierter.



Und nun kommt noch hinzu, dass der Eindruck entsteht, als gehe es um mehr als nur Verwaltungsfragen. Wenn man sieht, wie Kulturstatsminister **Wolfram Weimer** agiert, wird einem ganz

mulmig. Das riecht schon ein wenig nach Gesinnungsschnüffelei à la Trump. Jetzt müssen wir auch noch die Freiheit der Kultur gegen die Regierung verteidigen. **Arnulf Rating** sagte gestern anlässlich einer Gedenkveranstaltung für **Holger Klotzbach** der **rbb-Abendschau**, dass Klotzbach ein Macher gewesen sei, im Gegensatz zum **Kulturstatsminister**, der den **Verfassungsschutz bemühe, der nicht begriffen habe, dass die Kultur die Gesellschaft in die richtige Verfassung bringt.**

Ed Koch